



81. Jahrgang / Jänner 2008

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

INHALT

1. Die barrierefreie Gemeinde
2. Abgabenertragsanteile der Gemeinden 2007
3. Bedarfszuweisungen 2007
4. Buchhinweis – Kontierungsleitfaden für Gemeinden und Gemeindeverbände 2008
Verbraucherpreisindex für November 2007 (vorläufiges Ergebnis)

1.

Die barrierefreie Gemeinde

Behinderten Mitmenschen stellen sich im Alltag sehr viele Hindernisse in den Weg. Viele Hindernisse erschweren oder verhindern den Zugang zu öffentlichen Einrichtungen. Die einschlägigen Bestimmungen des § 14 des Tiroler Antidiskriminierungsgesetzes 2005, LGBL. Nr. 25, und des § 2 des Gemeinde-Gleichbehandlungsgesetzes 2005, LGBL. Nr. 2, in Verbindung mit den §§ 37 und 38 des Landes-Gleichbehandlungsgesetzes 2005, LGBL. Nr. 1, werden in Erinnerung gerufen. Einerseits wird darin die Verpflichtung ausgesprochen, den Zugang zu öffentlichen Einrichtungen barrierefrei zu gestalten. Andererseits werden gleichzeitig die Grenzen anerkannt, welche sich der barrierefreien Gestaltung aus rechtlichen oder finanziellen Gründen in den Weg stellen können. Jedenfalls sollte alles Mögliche unternommen werden, um nach und nach den Zugang zu öffentlichen Einrichtungen barrierefrei zu gestalten. Die folgenden Ausführungen enthalten Anregungen, wie der Zugang barrierefrei gestaltet werden könnte.

WEGE

Wegbreite: mindestens 150 cm

Bei punktuellen Hindernissen darf die Durchgangsbreite nicht unter 90 cm eingeschränkt werden. Die Länge von Einschränkungen unter eine Breite von 120 cm soll höchstens $l=100$ cm betragen.

Längsgefälle: höchstens 6%

Gefälle über 6% sind zu vermeiden. Gefälle über 6% werden nur noch von wenigen Menschen mit Behinderung problemlos bewältigt. Gebäude, die nur über Zugangswege über 8% erreichbar sind, müssen in der Nähe des barrierefreien Haupteinganges barrierefreie PKW-Stellplätze haben. Wenn ein Gefälle von über 10% nicht

vermieden werden kann, soll auf mindestens einer Seite, besser beidseitig, ein Handlauf angebracht werden.

Quergefälle: höchstens 2%, soll 0%

Quergefälle erschweren Rollstuhlfahrern das Geradeausfahren. Die Entwässerung sollte daher über ein Längsgefälle erfolgen. Kann ein Quergefälle nicht vermieden werden, darf die Neigung 2% nicht überschreiten.

Stufen in Gehwegen: vermeiden

Einzelstufen in Gehwegen sind zu vermeiden und durch Rampen zu ersetzen. Unvermeidbare Stufenanlagen in Gehwegen müssen zumindest einen Handlauf haben und sind taktil und kontrastreich zu markieren.

Belag: rutschfest, berollbar

Wege sind rutschfest und berollbar auszubilden. Grobe Pflasterungen und Rasengittersteine sind für Menschen mit Gehbehinderungen oder Menschen, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind ungeeignet. Bei einem Längsgefälle über 6% ist vermehrt auf die Griffigkeit des Belags zu achten.

Kurze Verbindungswege, Sitzmöglichkeiten

Lange Wege sind für Menschen mit Behinderungen ein Hindernis. Für Menschen mit Gehbehinderungen oder Herz-Kreislaufkrankungen sollen in Abständen von höchstens 100 m Sitzmöglichkeiten mit ausreichender Sitzhöhe, Rücken- und Armlehne vorgesehen werden. Zusätzlich soll die Möglichkeit für einen Rollstuhlstellplatz geschaffen werden.

Keine Hindernisse im Gehbereich

Hindernisse im Gehbereich, wie z. B. hineinragende Äste, Mauervorsprünge, Verkehrsschilder, Werbetafeln oder ähnliches sind eine große Gefahrenquelle für Menschen mit Sehschädigungen. Daher ist ein Lichtraum-

profil bei Wegen von mindestens 220×120 cm einzuhalten.

Seitliche Abgrenzung: mindestens 3 cm

Damit blinde Menschen nicht vom Weg abkommen, soll der Zugangsweg eine seitliche Abgrenzung zu anschließenden Flächen haben. Diese Abgrenzung soll als Niveausprung von mindestens 3 cm Höhe ausgebildet werden, um mit dem Langstock ertastbar zu sein. Ist das nicht möglich, soll eine taktile Abgrenzung (z. B. Rillenplatten) angebracht werden.

HAUPTINGANG

Gleicher Eingang für alle

Menschen mit Behinderungen sollen selbstständig denselben Gebäudeeingang benutzen können wie Menschen ohne Behinderungen. Auch bei der Adaption bestehender Gebäude ist daher immer der Haupteingang barrierefrei zugänglich zu machen. Ist dies nicht möglich, sind integrative Lösungen anzustreben. Zum Beispiel kann ein bestehender Nebeneingang zum neuen Eingang für alle werden. Ist ein barrierefreier Zugang über einen separaten Gebäudeeingang unvermeidbar, muss der Weg zu diesem deutlich beschildert und der Zugang immer hindernisfrei möglich sein.

Stufenlos erreichbar

Der Gebäudeeingang muss stufenlos erreichbar sein. Kann auf einen Niveauunterschied nicht verzichtet werden, darf er höchstens 3 cm (Außenbereich) betragen. Größere Niveauunterschiede müssen durch Rampen, Aufzüge oder Aufstieghilfen überwunden werden. Vor der Eingangstür muss eine ausreichend große, horizontale Bewegungsfläche von mindestens 150 cm \varnothing vorhanden sein.

Windfang: mindestens 200×150 cm

Enge Windfänge können ein bedeutendes Hindernis sein, wenn die für das Öffnen der Türe notwendigen Bewegungsflächen nicht beachtet werden. Davon betroffen sind vor allem Rollstuhlfahrer, Personen mit Gehhilfen aber auch Menschen mit Kinderwagen. Versetzt zu öffnende Türen sollen vermieden werden.

Fester Schmutzfangbelag

Hohe, weiche Bürstenmatten oder hochflorige Teppiche sind als Belag ungeeignet, da sie für Rollstuhlfahrer schwer zu befahren sind und auch Personen mit Gehbehinderungen große Schwierigkeiten bereiten. Die Oberfläche von Fußabstreifern muss immer niveaugleich mit dem umgebenden Bodenbelag abschließen, da eine Kante eine Stolpergefahr darstellt.

Orientierung

Eingänge sollen für Menschen mit Sehschädigungen aber auch für alte Menschen gut erkennbar und für blinde

Menschen mit taktilen Aufmerksamkeitsfeldern ausgestattet sein. Kontrastreiche und tastbare Schmutzfangmatten können Menschen mit Sehschädigungen auch sehr gut als Leitsystem dienen, wenn sie im Gebäude weitergeführt werden (z. B. zu einer Informationsstelle).

TÜREN

Türen von Hand betätigt

Türlichte: mindestens 80 cm, ideal 90 cm

Mit der Türlichte ist die bei geöffneter Tür vorhandene Durchgangslichte gemeint, die trotz eventueller Einschränkungen durch Türblatt oder Türgriffe vorhanden ist. So verringert sich zum Beispiel bei Schiebetüren die Türlichte gegenüber der Stocklichte um 10 bis 15 cm, wenn die für behinderte Menschen erforderlichen Bügelgriffe verwendet werden und die Tür deshalb nicht vollständig geöffnet werden kann.

Türblattbreite: höchstens 100 cm

Die Breite von einzelnen Türflügeln soll 100 cm nicht überschreiten, um eine gute Bedienbarkeit zu gewährleisten. Bei größeren Stockbreiten sollen deshalb zweiflügelige Türen verwendet werden, wobei dann der Gehflügel die entsprechende Türlichte aufweisen muss.

Zuziehgriff: ab Türblattbreite 85 cm

Für eine gute Bedienbarkeit ist ab einer Türblattbreite von 85 cm ein Zuziehgriff (horizontaler Bügelgriff) in einer Höhe von 80 bis 100 cm zu montieren.

Bewegungsfläche bei Türen

mindestens $b=150$ cm \times $t=120$ cm

Vor Türen muss auf beiden Seiten eine horizontale Bewegungsfläche von mindestens 150 cm Breite und 120 cm Tiefe vorhanden sein.

Bewegungsfläche bei Drehflügeltüren

mindestens 150×200 cm

Auf der Aufschlagseite von Drehflügeltüren ist eine Bewegungsfläche von 200×150 cm erforderlich. Diese kann längs oder quer angeordnet werden. Um Drehflügeltüren vom Rollstuhl aus zu öffnen, muss man seitlich an die Schlossseite heranfahren, daher muss die Bewegungsfläche mindestens 50 cm seitlich von der Türdrückerseite aus angeordnet sein.

Bewegungsfläche bei Schiebetüren

Bei Schiebetüren muss auf beiden Seiten der Tür ein seitlicher Anfahrbereich von 150×120 cm gegeben sein. Zur Bedienung von Schiebetüren sind auf beiden Seiten lotrechte Bügelgriffe vorzusehen. Muschelgriffe sind nicht zweckmässig, da sie für Menschen mit eingeschränkter Fingerfunktion nicht bedienbar sind. Auf die Türlichte ist zu achten.

Schwelle: 0 bis höchstens 2 cm

Türschwellen sind grundsätzlich zu vermeiden. Wenn sie technisch unbedingt erforderlich sind, darf ihre Höhe im Innenbereich höchstens 2 cm betragen, bei

Außentüren höchstens 3 cm. Notwendige Schwellen sollen gut überrollbar ausgebildet sein. Einseitige Schwellen stellen ein wesentlich geringeres Hindernis dar. Zweiseitige Schwellen sind daher zu vermeiden.

Tiefe der Türleibung

Ab einer Tiefe in der Türleibung = 20 cm sollen die Kanten abgeschrägt werden. Türleibungen, deren Tiefe mehr als 40 cm betragen, sind zu vermeiden. Ansonsten ist die Tür zu automatisieren oder die Türleibungsbreite entsprechend der geforderten Bewegungsfläche zu vergrößern.

Optische Kennzeichnung bei Glastüren

Große ungeteilte Glasflächen oder Glastüren stellen für alle, besonders aber für Menschen mit Sehbehinderungen aber auch für Kleinkinder eine Verletzungsgefahr dar, wenn sie nicht rechtzeitig wahrgenommen werden können. Daher müssen in zwei Höhen (90 bis 100 cm und 150 bis 160 cm) farblich kontrastierende Markierungen mit hellen und dunklen Anteilen (Graustufenunterschied von mindestens 50% – Schwarz/Weiß-Kontrast entspricht 100%) angebracht werden.

Drehkreuze und Karusselltüranlagen umfahrbar

Drehkreuze und kleine Karusselltüranlagen sind für Menschen im Rollstuhl, Menschen mit Gehbehinderungen und Menschen mit Kinderwagen nicht begehbar und müssen daher umfahrbar sein.

Türen automatisiert

Allgemein

Türen sollen für Menschen mit Behinderungen, insbesondere mit eingeschränkter Hand- und Armfunktion, aber auch für alte Menschen und Kinder leicht zu bedienen sein. Besondere Probleme bereiten breite schwere Türflügel und schwergängige Türschließer. Der Kraftaufwand zum Öffnen von Türen soll höchstens 25 N (2,5 kg) betragen. Schwergängige Türen (z. B. Brandschutztüren) sind daher zu automatisieren. Es sind vor allem die notwendigen Bewegungsflächen, die sichere Benutzbarkeit und die funktionelle Anordnung der Bedienelemente zu beachten, im öffentlichen Bereich bieten automatisierte Türen den größten Komfort.

Automatische Drehflügeltüren

Bei automatischen Drehflügeltüren ist darauf zu achten, dass sich die Tür nicht selbsttätig gegen eine auf der Aufschlagseite stehende Person öffnen kann (Bewegungsmelder). Motorische Öffnungshilfen für Drehflügeltüren sollen auch jederzeit eine von Hand betätigte Nutzung zulassen. Der Aufschlagbereich ist im Boden optisch zu kennzeichnen. Drehflügeltüren werden häufig durch Tastschalter aktiviert, deren Positionierung unbedingt außerhalb des Aufschlagbereiches des Türblatts liegen muss.

Anordnung der Bedienelemente

Zur Bedienung von automatischen Türen mit Taster oder Schlüsselschaltern sind entsprechend Bewegungsflächen für eine einfache und sichere Benutzung vorzusehen. Die Bedienelemente müssen sich weit genug außerhalb des Aufschlagsbereichs der Tür befinden.

Automatische Schiebetüren

Die unter dem Aspekt der Zugänglichkeit am Besten geeignete Türart ist die automatische Schiebetüre. Glaschiebetüren sind kontrastreich zu markieren. Bewegliche und nicht bewegliche Glasflächen sind unterschiedlich zu kennzeichnen.

Automatische Karusselltüranlagen

Automatische Karusselltüranlagen sind für Menschen mit Mobilitätsbehinderungen nur dann zugänglich, wenn die einzelnen Kammergrößen ausreichend Platz und Bewegungsfläche für eine Person im Rollstuhl plus Begleitperson bieten und an beiden Öffnungen ein Taster für eine notwendige Drehzahlreduzierung vorhanden sein. Für Menschen mit Sehschädigungen muss eine zusätzliche Tür vorhanden sein.

Sicherheit

Da Menschen mit Mobilitätsbehinderungen eine längere Zeit zum Passieren der Tür benötigen als Menschen ohne Behinderung muss die Schließzeit entsprechend eingestellt sein.

GÄNGE

Breite mindestens 120 cm, soll 150 cm

Bei der geforderten Mindestbreite von 120 cm können Rollstuhlfahrer nur erschwert wenden und das Passieren zweier Rollstuhlfahrer ist nicht möglich. Deshalb müssen in überschaubaren Abständen Ausweichflächen vorgesehen werden.

Niveaunterschiede: stufenlos

Horizontale Verbindungswege sind grundsätzlich stufenlos auszuführen. Niveaunterschiede sind zu vermeiden. Ist das – etwa bei Umbauten – nicht möglich, müssen die Niveaunterschiede mit Rampen oder Aufstieghilfen überwunden werden.

Keine Hindernisse im Gangbereich

Gehbereiche sollen freigehalten werden, da Vorsprünge, offene Tür- und Fensterflügel oder unerwartete Gegenstände im Gehbereich für Menschen mit Sehschädigungen gefährlich sein können. Auskragende oder herunterhängende Hindernisse verursachen oft schwere Kopf- und Brustverletzungen bei Menschen mit Sehschädigungen.

Für einen entsprechenden Lichtraum ist daher unbedingt das Lichtraumprofil mit einer Höhe von 210 cm und einer Breite von 120 cm einzuhalten.

Orientierung in übersichtlicher Anlage

Um Menschen mit Sehschädigungen die Orientierung zu erleichtern, sollen horizontale Verbindungswege einfach und klar angelegt werden. Zur Erleichterung der Orientierung können tastbare Leitlinien am Boden aufgebracht werden, aber auch in den Boden eingelassener gut berollbarer Teppichläufer kann als Orientierungshilfe dienen.

Die Beleuchtung soll gut, klar und blendfrei sein, wobei Lichtbänder an der Decke als Orientierungshilfe im Sinn einer Leitlinie angeordnet werden können. Bodenstrahler oder andere blendende Beleuchtungskörper sind zu vermeiden.

Handlauf

Handläufe erleichtern nicht nur Menschen mit Gehbehinderungen das Gehen sondern dienen auch Menschen mit Sehschädigungen als Orientierungshilfe. Handläufe dürfen höchstens 10 cm in den Lichtraum hineinragen.

Sitzgelegenheiten

Lange Gänge sind grundsätzlich zu vermeiden. Bei unvermeidbar langen Gängen (z. B. Ausstellungen) sind mindestens alle 20 m Sitzgelegenheiten mit Arm- und Rückenlehnen vorzusehen.

TREPPEN

Stufen bzw. Treppen können von Menschen im Rollstuhl nicht ohne fremde Hilfe überwunden werden und stellen auch für Menschen mit Gehbehinderungen sowie Personen mit Kinderwagen ein bedeutendes Hindernis dar.

Die wesentlichen Räume in einem Gebäude sind daher stufenlos erreichbar auszuführen. Treppen sind ein zusätzliches vertikales Erschließungselement und müssen so gestaltet sein, dass sie auch für alle Menschen, die klein, alt, seh- oder gehbehindert sind, bequem und sicher sind.

Haupttreppen geradläufig

Der Treppenlauf soll gerade sein, da die ungleichen Auftritte einer gewendelten Treppe für gehbehinderte und sehgeschädigte Menschen die Benutzung erschweren. Bei einem Ausfall eines Aufzuges kann es außerdem notwendig sein, Menschen im Rollstuhl oder mit Tragbahnen über Treppen zu transportieren. Dies ist bei gewendelten und engen Treppen besonders schwierig.

Treppenbreite: mindestens 120 cm, soll 150 cm

Die lichte Treppenbreite beträgt mindestens 120 cm.

Zwischenpodeste

Bei mehr als 18 Stufen ist laut ÖNORM B1600 ein Zwischenpodest vorzusehen, internationale Regelwerke empfehlen bereits bei mehr als 12 Stufen Zwischenpo-

deste. Bei Richtungsänderungen soll die Podestbreite mindestens 150 cm betragen.

Handlauf

Handläufe bieten nicht nur Menschen mit Gehbehinderungen und Kindern Sicherheit sondern dienen auch Menschen mit Sehschädigungen als Orientierungshilfe. Die Handläufe sind beidseitig vorzusehen und über Zwischenpodeste weiter zu führen.

Stufen: Höhe soll 16 cm, Breite soll 30 cm

Das Steigungsverhältnis soll bequem sein.

Stufenausbildung

Besonders auf die Detailsausbildung der Stufen ist zu achten. Stufen sind dann ideal, wenn sie ein volles Profil aufweisen. Höchstens um 3 cm nach hinten geneigte Setzflächen sind möglich.

Offene Plattenstufen oder vorstehende Kanten mit zurückgesetzten Setzstufen, die ein Hängenbleiben mit der Fußspitze verursachen können, sind nicht zulässig. Beim Belag ist auf eine ausreichende Rutschfestigkeit zu achten.

Stufenmarkierung: mindestens erste und letzte Stufe

Alle Stufen sollen farblich kontrastiert markiert werden. Stufenmarkierungen helfen Menschen mit Sehbehinderungen den Treppenlauf zu erkennen. Bei drei Stufen sind alle Stufen zu markieren, sonst müssen zumindest die An- und Austrittsstufe markiert werden.

Die Markierungsstreifen sollen an der vorderen Kante der Tritt- und Setzstufen angebracht werden, ihre Breite hat mindestens 5 cm zu betragen.

Taktile Bodenavisierung

Vor Treppenabgängen ist blinden Menschen die für sie mögliche Gefahrenstelle durch eine taktile Bodenavisierung anzuzeigen.

Sicherung gegen Unterlaufen

Frei im Raum stehende Treppen sind gegen ein Unterlaufen bis zu einer Höhe von 210 cm zu sichern. Dies kann durch taktile Aufmerksamkeitsfelder und optische Markierung erfolgen oder durch eine Abschrankung z. B. mit Sitzgruppen, Blumenkästen oder ähnlichem.

RAMPEN

Rampen stellen ein vertikales Verbindungselement zur Überwindung geringerer Höhendifferenzen dar. Sie sollen aber bei größeren Höhendifferenzen nicht Aufzüge oder Aufstiegshilfen ersetzen, da das Befahren langer und steiler Rampen für viele Menschen, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind, nicht möglich ist.

Rampenlauf geradläufig

Rampen sollen geradläufig sein. Gewendete Rampen sind zu vermeiden, da sie das Fahren und Manövrieren mit dem Rollstuhl erschweren.

Breite: mindestens 120 cm, soll: 150 cm

Da beim Benutzen von Rampen mit einem Rollstuhl ein exaktes Geradeausfahren nur schwer möglich ist, beträgt die ideale Mindestbreite 150 cm. Das erleichtert auch ein Passieren von Fußgängern und Rollstuhlfahrern. Wenderampen müssen mindestens 150 cm breit sein.

Längsgefälle höchstens 6%

Die Steigung von Rampen ist so gering wie möglich zu halten, höchstens sind 6% Gefälle zulässig. Steigungen bis zu 6% ermöglichen einem Großteil der Rollstuhlfahrer selbstständiges Befahren von Rampen. Steigungen über 6% bereiten gehbehinderten und alten Menschen Schwierigkeiten.

Quergefälle 0%

Rampen sind ohne Quergefälle auszuführen, da ein Quergefälle Menschen im Rollstuhl ein gerades Fahren nicht ermöglicht und so das Bewältigen der Rampe zusätzlich erschwert.

Bewegungsflächen: Anfang und Ende 150 cm

Am Anfang und Ende der Rampe müssen horizontale Bewegungsflächen von mindestens 150 cm Länge vorgesehen werden. Besonders wichtig ist eine horizontale Bewegungsfläche vor anschließenden Türen, damit man nicht beim Öffnen der Tür mit dem Rollstuhl zurückrollt. Die Größe dieser Fläche hängt von der Aufschlagart der jeweiligen Tür ab.

Zwischenpodeste: bei Richtungsänderungen und ab 4% Steigung mindestens alle 10 m

Bei Richtungsänderungen von mehr als 45° ist eine horizontale Bewegungsfläche von 150 cm Ø vorzusehen. Bei einer Rampenneigung von mehr als 4% sind jeweils nach 10 m Zwischenpodeste zum Ausruhen vorzusehen.

Belag griffig

Rampen müssen einen griffigen Belag aufweisen, der sowohl im trockenen, wie im nassen Zustand sicher zu begehen und zu befahren ist. Rampen im Freibereich sollten mit einem Witterungsschutz ausgeführt werden.

Markierung Anfang und Ende optisch

Beginn und Ende einer Rampe sind für Menschen mit Sehschädigungen farblich kontrastierend zu kennzeichnen. Zusätzlich sollten taktile Bodenavisierungen vorgesehen werden.

Handläufe beidseitig

Doppelläufige Handläufe entlang von Rampen sind eine Absturzsicherung und ermöglichen Menschen mit Gehbehinderungen die gefahrlose Benutzung der Rampe.

Radabweiser: Höhe 10 bis 15 cm

Zusätzlich zu Handläufen sind Radabweiser anzubringen, die ein Hinausfahren der kleinen Räder des Rollstuhls über den Rampenrand verhindern. Radabweiser erleichtern auch Menschen mit Sehschädigungen ein Erasten der Rampe mit dem Taststock. Die Höhe dieser Radabweiser soll 10 bis 15 cm betragen.

AUFZÜGE**Aufzug für alle – keine Sonderlösungen**

Ein behindertengerechter Personenaufzug ist immer die beste Lösung zur Überwindung von Höhenunterschieden in Gebäuden, da er von allen Menschen selbstständig benutzt werden kann.

Mechanische Aufstiegshilfen für Menschen mit Behinderungen – wie vereinfachte Aufzüge, Hebebühnen und Treppenplattformlifte – stellen immer eine Sonderlösung dar und sollen daher nur bei Adaptierungen bestehender Gebäude verwendet werden.

Stufenlos erreichbar

Aufzüge müssen stufenlos erreichbar sein und einen stufenlosen Zugang zu allen Gebäudeteilen ermöglichen. Befindet sich im Gebäude eine Tiefgarage, muss auch von dort der Aufzug stufenlos erreichbar sein, da gerade für Menschen mit Behinderungen beim Aussteigen aus dem Auto ein überdeckter Bereich wichtig ist.

Fahrkorb**Mindestbreite 110 cm, Mindestlänge 140 cm**

Die geforderten Mindestabmessungen des Fahrkorbes ergeben sich aus der Größe eines Rollstuhls und dem zusätzlich notwendigen Platzbedarf für eine Begleitperson.

Sind die Aufzugstüren an der Längsseite des Fahrkorbes vorgesehen, ist die Türlichte mindestens 110 cm breit auszuführen oder die Fahrkorbbreite auf 120 cm zu erhöhen.

Bei über Eckanordnung von Aufzugstüren ist im Fahrkorb mindestens die Bewegungsfläche von 150 cm Ø vorzusehen.

Türbreite mindestens 90 cm

Die lichte Breite der Schachtabschluss- und Fahrkorbtür beträgt mindestens 90 cm, damit auch Elektro-Rollstuhlfahrern ein problemloses Passieren möglich ist.

Bewegungsfläche vor Aufzug Tiefe 150 cm

Vor den Aufzugstüren ist eine Bewegungsfläche von mindestens 1,50 m vorzusehen.

Bewegungsfläche bei Treppenabgängen Tiefe 200 cm

Aufzugstüren sollen nicht direkt neben oder nicht zu nahe gegenüber Treppenabgängen angeordnet werden. Lässt sich dies nicht vermeiden, ist wegen der Absturzgefahr die Bewegungsfläche auf mindestens 200 cm Tiefe zu vergrößern.

Bedienungselemente**Bedienhöhe Ruftaster 90 bis 100 cm**

Ruftaster sind außerhalb des Fahrkorbes in einer Höhe von 90 bis 100 cm anzuordnen.

Bedienelemente im Fahrkorb Höhe 90 bis 110 cm

Im Fahrkorb sollen die Bedienungselemente in einem Abstand von mindestens 50 cm von der Fahrkorbtüre in einer Höhe von 90 bis 100 cm über dem Boden angebracht werden.

Zwar ist in der EN 81-70 die erlaubte maximale Höhe mit 120 cm angegeben, für viele Rollstuhlfahrer mit Bewegungseinschränkungen der Arme oder Hände sind jedoch Bedienungselemente in dieser Höhe nicht mehr erreichbar.

Entfernung aus Raumecken mindestens 50 cm

Der Ruftaster außerhalb des Fahrkorbes soll nicht in einer Nische oder Raumecke situiert sein. Der Abstand zur Raumecke muss mindestens 50 cm betragen, damit ein seitliches Anfahren mit dem Rollstuhl möglich ist.

Handlauf Höhe 90 cm

In der Nähe der Bedienungselemente muss ein horizontaler Handlauf in 90 cm Höhe im Fahrkorb vorgehen werden.

Horizontales Bedientableau

Als Bedienungselemente sollen waagrecht nebeneinander und, um ein besseres Erkennen zu ermöglichen, auf einem leicht schrägstehenden Tableau angeordnet werden. Ein zweites, senkrecht und in Augenhöhe angeordnetes Bedienungstableau erleichtert Sehbehinderten die Benützung des Aufzuges.

2-Sinne-Prinzip

Um Menschen mit Sehschädigungen die Orientierung zu erleichtern, müssen Bedienungselemente zum Hintergrund farblich kontrastieren und die Tasten eine ausreichende Größe besitzen. Schriftzeichen auf den Tasten sind ausreichend groß, in Relief- und Brailleschrift auszuführen. Die EG Taste ist leichter auffindbar, wenn sie hervorsteht oder taktil umrahmt ist.

Eine akustische Stockwerksansage erleichtert die Orientierung. Ersatzweise ist eine taktile Stockwerksnummerierung (Relief- und Brailleschrift) an der rechten Seite des Schachttürstockes auf Höhe 1,00 m in allen Geschossen zweckmäßig.

Spiegel 1

Ist das Wenden mit dem Rollstuhl im Aufzug nicht möglich, erleichtern Spiegel im Fahrkorb gegenüber der Aufzugstür das Rückwärtsfahren. Spiegel im Aufzug dürfen aber nicht bis zum Boden reichen, da sehbehinderte Menschen dadurch einen falschen Raumeindruck erhalten. Spiegel sind von 30 cm bis mindestens 150 cm Höhe auszuführen.

Orientierung

Zur besseren Orientierung sollen aus dem Aufzug sichtbar, große und kontrastreiche Stockwerksanzeigen angebracht werden.

Klappsitz

Ein zusätzlicher Klappsitz erhöht den Komfort im Aufzug und ermöglicht Menschen, die sich bei einer Fahrt im Stehen unsicher fühlen, eine sichere Fahrt.

Alternativen zu Aufzügen**Aufstiegshilfen**

Vereinfachte Aufzüge, Hebebühnen, Hebeplattformen und Schrägaufzüge stellen immer eine Sonderlösung für Menschen mit Behinderungen dar und sind keine gleichwertige Alternative zu einem Aufzug für alle. Je nach der zu überwindenden Höhe und dem vorhandenen Platzangebot bieten sich als Aufstiegshilfen vereinfachte Aufzüge, Hebebühnen, freistehende Hebeplattformen oder Treppenplattformlifte (Schrägaufzüge) an. Für den öffentlichen Bereich nicht geeignet sind reine Treppensessellifte oder Treppenfahrlifte mit Deckenlaufschienen.

Totmannschaltung

Die Bedienung aller Aufstiegshilfen erfolgt durch einen sogenannten Totmannschalter, das heißt, die Aufstiegshilfe bewegt sich nur solange der Betätigungsknopf gedrückt wird. Diese Art der Steuerung kann aber für Personen mit wenig Kraft oder schlechter Fingerfunktion ein Problem darstellen. Die Bedienungselemente werden an allen Haltestellen und an der Aufstiegshilfe selbst angebracht.

Vereinfachte Aufzüge**Förderhöhe höchstens 9 m**

Ein vereinfachter Aufzug ist im Prinzip eine Hebebühne, die in einem geschlossenen Schacht geführt wird. Aufgrund der langsamen Fördergeschwindigkeit ist nur eine Erschließung von höchstens drei Geschossen sinnvoll. Vereinfachte Aufzüge sind bei Sanierungen von bestehenden Gebäuden eine Kosten und Platz sparende Alternative zu Aufzügen.

Plattformgröße 110 × 140 cm

Die Plattformgröße muss mindestens 110 cm breit und 140 cm tief sein.

Schachttüren werden meistens als Drehflügeltüren ausgeführt und diese sind im öffentlichen Einsatz zu automatisieren. Auf die nötigen Bewegungsflächen vor Türen und Sicherheitsabstände zu abwärts führenden Treppen ist zu achten.

Ruftaster

Ruftaster sind in einer Höhe von 90 bis 100 cm anzuordnen. Der Abstand zur Raumecke muss mindestens

50 cm betragen, damit ein seitliches Anfahren mit dem Rollstuhl möglich ist.

Hebebühnen

Förderhöhe höchstens 200 cm

Mit einer Hebebühne können Höhenunterschiede bis zu 2 m überwunden werden.

Plattformgröße

mindestens 80 × 130 cm, ideal 110 × 140 cm

Zu achten ist auf eine ausreichende Grundfläche der Plattform von 110 × 140 cm (mindestens 80 × 130 cm), ebenso auf eine ausreichende Bewegungsfläche von 150 cm Ø für die Zu- und Abfahrt mit dem Rollstuhl und auf einen niveaugleichen Übergang vom Bodenbelag auf die Hebebühne. Der Bereich unterhalb der Bühne muss so abgesichert sein, dass eine Unfallgefahr ausgeschlossen ist. Die Nennlast der Plattform ist auf mindestens 3 kN (300 kg) auszulegen.

Ruftaster

Ruftaster sind in einer Höhe von 90 bis 100 cm anzuordnen. Der Abstand zur Raumecke muss mindestens 50 cm betragen, damit ein seitliches Anfahren mit dem Rollstuhl möglich ist.

Treppenplattformlifte

Förderhöhe höchstens ein Geschoss

Mit einem Treppenplattformlift sollten nur zwei aufeinander folgende Stockwerke oder das Eingangsniveau mit dem ersten Geschoss verbunden werden. Bauliche Voraussetzungen: Im gesamten Treppenbereich muss eine Durchgangshöhe von mindestens 210 cm vorhanden sein.

Plattformgröße 80 × 100 cm

Die Plattform muss nach ÖNORM B 2457 mindestens 80 cm breit und 100 cm tief sein. Die Nennlast der Plattform ist auf mindestens 3 kN (300 kg) auszulegen.

Platzbedarf

Ein- und Ausstiegsflächen bei Treppenplattformliften müssen berücksichtigt werden. Vor dem Treppenantritt muss eine Freifläche in Größe der Plattform plus eine Bewegungsfläche von 150 cm Ø vorhanden sein. Diese Bewegungsflächen dürfen nicht durch aufschlagende Türen eingeschränkt werden. Für die Abfahrt von der Plattform muss am Treppenaustritt ein Podest von mindestens 120 cm Tiefe vorhanden sein.

Klappsitz

Ein zusätzlicher Klappsitz ermöglicht Menschen mit Gehbehinderung Treppenplattformlifte zu nutzen.

Ruftaster:

Ruftaster sind in einer Höhe von 90 bis 100 cm anzuordnen. Der Abstand zur Raumecke muss mindestens

50 cm betragen, damit ein seitliches Anfahren mit dem Rollstuhl möglich ist.

Plattformabsenkung

Die Plattform muss im öffentlichen Bereich immer automatisch abgesenkt werden. Die Bedienelemente für die Absenkung müssen im Bereich der Bewegungsfläche leicht erreichbar angebracht werden.

WC-ANLAGEN

Das Fehlen von geeigneten WC-Anlagen ist ein besonders schwerwiegendes Integrationshindernis für Menschen mit Behinderungen. In öffentlichen Gebäuden ist daher in jedem Stockwerk ein WC-Raum für Menschen in allen Lebenslagen vorzusehen.

Menschen mit Behinderung sind nicht nur Besucher, sondern arbeiten auch in öffentlich zugänglichen Gebäuden. Ein umständliches Erreichen der Toilette z. B. mit einem Aufzug bereitet Menschen mit Behinderungen zusätzliche Schwierigkeiten zur ohnehin schon schwierigen Alltagsbewältigung. Bei Neubauten soll mindestens ein barrierefreier WC-Raum beidseitig anfahrbar ausgeführt werden.

Anordnung

Barrierefreie WC-Räume sollen immer am gleichen Ort wie die allgemeinen WC-Räume vorgesehen werden. Wo dies bei Adaptierungen nicht möglich ist, muss eine entsprechende Hinweisbeschilderung vorhanden sein. Der barrierefreie WC-Raum kann entweder geschlechtsneutral ohne eigenen Vorraum angeordnet werden, oder es wird je ein barrierefreier WC-Raum bei Damen- und Herrentoiletten integriert. Die geschlechtsneutrale Situation ist vorteilhaft, da die behinderte Person und die für eine evtl. Hilfe notwendige Assistenzperson verschiedengeschlechtlich sein können.

Türen nach außen aufschlagend ausführen

Bei geöffneter Tür soll die vorhandene Durchgangslichte mindestens 90 cm betragen; dies ist besonders bei Schiebetüren mit Bügelgriffen zu beachten, wo es oft zu einer starken Verringerung der Türlichte gegenüber der Stocklichte kommt.

Drehtüren müssen nach außen aufschlagen. Das erleichtert einerseits alten und gehbehinderten Menschen den Zugang zur Toilette und stellt andererseits sicher, dass bei einem Sturz im WC die Tür nicht blockiert wird und von außen geöffnet werden kann. Die Türverriegelung ist mit einem L-förmigen Hebel auszuführen. Ein Zuziehgriff erleichtert die Bedienung von Drehflügeltüren.

Raumgröße bei beidseitig (universell) anfahrbarer WC-Schale mindestens Breite 220 cm / Tiefe 215 cm

Die Raumgröße soll so bemessen sein, dass die WC-Schale mit dem Rollstuhl von beiden Seiten (universell)

angefahren werden kann. Dazu ist eine seitliche Freifläche von mindestens 90 cm Breite erforderlich. Einerseits gibt es behinderte Menschen, für die der Umsetzungsvorgang aufgrund der Behinderung nur von einer Seite her möglich ist, andererseits kann bei manchen Elektrostühlen jeweils nur eine Armlehne hochgeklappt werden.

Das beidseitige Anfahren der WC-Schale ist ab einer Raumbreite von 220 cm möglich.

Raumgröße bei einseitig anfahrbarer WC-Schale mindestens Breite 165 cm / Tiefe 215 cm

WC-Räume, die nur ein einseitiges Anfahren des WC-Sitzes erlauben, müssen eine Raumbreite von mindestens 165 cm aufweisen. Die Raumtiefe von mindestens 215 cm ergibt sich aus der notwendigen Mindertiefe der WC-Schale von 65 cm und der für das Wenden des Rollstuhls notwendigen Bewegungsfläche von 150 cm Ø. Diese Bewegungsfläche muss unverbaut und unverstellt bleiben.

WC-Schale Höhe 46 bis 48 cm

Die Höhe soll inklusive WC-Sitzbrille 46 bis 48 cm betragen, die Gesamttiefe mindestens 65 cm, damit ein seitliches Heranfahren mit dem Rollstuhl möglich ist. Eine Rückenabstützung ist in einem Abstand von rund 50 bis 55 cm von der WC-Vorderkante in Form einer speziellen Rückenlehne vorzusehen. Alternativ erfüllt auch ein aufgesetzter Spülkasten die Anlehnfunktion.

Haltegriffe für beidseitig anfahrbares WC beidseitiger Stützklappgriff

Haltegriffe in öffentlichen WC-Anlagen müssen für möglichst viele Behinderungsformen geeignet sein. Bei beidseitig anfahrbaren WC-Schalen ist beidseitig ein Stützklappgriff erforderlich. Stützklappgriffe sind in einer Höhe von 75 bis 85 cm zu montieren. Die Stützklappgriffe müssen die WC-Schale um 15 bis 25 cm überragen.

Einseitig anfahrbares WC wandseitiger Winkelhaltegriff (90°) und Stützklappgriff

Bei einseitig anfahrbaren WC-Schalen ist wandseitig ein Winkelhaltegriff (90°) zu montieren. Der horizontale Teil wird in 75 cm Höhe montiert und muss mindestens 40 cm lang sein. Der vertikale Teil des Griffes muss bis mindestens 150 cm Höhe reichen.

Auf der anfahrbaren Seite der WC-Schale ist ein Stützklappgriff in der Höhe von 75 bis 85 cm anzubringen. Stützklappgriffe müssen die WC-Schale um 15 bis 25 cm überragen.

Wände tragfähig

Die für die Montage von Haltegriffen vorgesehenen Wände müssen tragfähig ausgebildet werden. In Leicht-

bauwänden sind entsprechende Montageplatten vorzusehen, die eine Belastbarkeit von mindestens 1 kN (100 kg) der Haltegriffe gewährleisten.

WC-Spülung

Die WC-Spülung muss gut erreichbar und mit geringem Kraftaufwand zu betätigen sein. Die Lage des Spülauslösers ist entweder am Haltegriff oder seitlich an der Wand einzubauen.

Notrufeinrichtung

Es ist eine Notrufanlage vorzusehen die einerseits vom WC aus sitzend und andererseits vom Boden aus liegend bedienbar sein muss (vorzugsweise Zugschalter). Der Notruf geht direkt oder über eine voreingestellte Telefonleitung zu einer Person/Stelle, die für die notwendige Hilfeleistung verantwortlich ist.

Kennzeichnung und Orientierung

Barrierefreie WCs müssen gekennzeichnet werden. Für Menschen mit Sehschädigungen ist zumindest eine WC-Anlage pro Stockwerk taktil zu kennzeichnen. zur leichteren Orientierung für Menschen mit Sehbehinderungen ist eine kontrastierende Farbgebung von Sanitär-objekten und Wand vorzusehen.

Waschbecken

Die Höhe der Oberkante sollte 80 bis 85 cm sein, die Tiefe 35 bis 45 cm, eine abgerundete Form ist zu bevorzugen. „Reha- oder andere Behindertenwaschtische“ sind nicht zweckmäßig, da sie den Bewegungsraum und die Anfahrfläche einschränken. Reha-Waschtische sind für den privaten Sanitärbereich gedacht.

Ein Unterputzsiphon gewährleistet die Unterfahrbarkeit und verhindert die Verbrühgefahr durch heißes Wasser, das sich im Siphon sammelt.

Als Armatur soll eine Einhebel-Armatur verwendet werden, bei berührungslosen Armaturen ist die Funktionsweise in symbolischer Form als Piktogramm darzustellen.

Spiegel

Wegen der geringen Augenhöhe von Personen im Rollstuhl ist ein Spiegel von Unterkante 85 bis 90 cm bis Oberkante 180 cm einzubauen. Kippspiegel sind zu vermeiden. Werden Kippspiegel montiert, dann ist auf eine gute Bedienbarkeit zu achten.

Wickeltische, erhöhter Platzbedarf

Werden Wickeltische in barrierefreien WC-Räumen montiert, sind die Raummaße entsprechend zu erweitern.

Bei Klappwickeltischen ist darauf zu achten, dass man auch vom Rollstuhl aus den Wickeltisch hochklappen und fixieren kann.

PKW-STELLPLÄTZE

Lage im Freien – in Eingangsnahe

Der barrierefreie Stellplatz ist in der Nähe des Haupteinganges oder eines behindertengerechten Eingangs vorzusehen. Im Bereich des Behindertenparkplatzes ist der Gehsteig abzusenken.

Lage in Garagen, in Aufzugs- oder Eingangsnahe

Der barrierefreie Stellplatz ist in der Nähe eines barrierefrei erreichbaren Aufzugs oder in der Nähe des barrierefreien Haupteinganges zu situieren.

Anordnung

Barrierefrei PKW-Stellplätze sind schräg oder rechtwinkelig zur Fahrbahn anzulegen. Stellplätze parallel zum Gehsteig sind für Menschen mit Behinderung schwer nutzbar, da ein sicheres Aussteigen einerseits auf der Fahrbahnseite andererseits durch den Höhenunterschied zwischen Gehsteig und Fahrbahn nicht gegeben ist.

Breite mindestens 350 cm

Für das Ein- und Aussteigen muss es möglich sein, die Autotüre vollständig zu öffnen und mit einem Rollstuhl seitlich neben das Auto zu fahren. Die Breite des Stellplatzes muss daher ausreichend bemessen sein (3,50 m), wobei zu berücksichtigen ist, dass Menschen mit Behinderungen sowohl Selbstfahrer als auch Mitfahrer sein können.

Bei mehreren barrierefreien Stellplätzen nebeneinander kann eine gemeinsame Aussteigefläche mit mindestens 120 cm Breite angeordnet werden. Diese muss niveaugleich mit dem PKW-Stellplatz ausgeführt werden.

Anzahl

Bei einer Anlage von mehr als fünf Stellplätzen muss mindestens einer barrierefrei ausgeführt werden. Für je weitere 50 Stellplätze muss ein barrierefreier Stellplatz dazukommen.

Ausbildung im Freien, überdeckt, kein Gefälle, höchstens 3%

Der Stellplatz muss eben sein, das Gefälle des Stellplatzes darf 3% nicht überschreiten. Der Stellplatz muss gut mit einem Rollstuhl befahrbar sein. Rasengittersteine oder Kopfsteinpflaster sind nicht berollbar und daher nicht zweckmäßig.

Da der Vorgang des Ein- und Aussteigens für Menschen mit Behinderungen wesentlich länger dauert als

für Menschen ohne Behinderung soll der Stellplatz je nach Möglichkeit überdeckt sein.

Der Gehsteig muss stufenlos und auf kürzestem Weg erreichbar sein. Günstig ist auch eine Überdachung des Zuganges vom Stellplatz zum Gebäudeeingang, da Rollstuhlfahrer und Krückengeher die Hände für die Fortbewegung benötigen und daher bei Regen oder Schnee keinen Schirm verwenden können.

Zu und Ausfahrtskontrollen bzw. Schrankenanlagen

Die Position von Zu- und Ausfahrtskontrollen oder Schrankenanlagen sind in einem geraden Fahrbahnabschnitt anzuordnen. Die Bedienelemente wie Taster, Zugseile und dergleichen müssen leicht vom Auto aus erreichbar und bedienbar sein. Pilzkopftaster ermöglichen auch Menschen mit eingeschränkter Fingerfunktion die Bedienung eines Tasters. Etwaige Bons, Tickets etc. müssen leicht abzuziehen und zuzuführen sein.

Kassen- und Parkscheinautomaten, Bedienhöhe 85 bis 100 cm

Kassen- oder Parkscheinautomaten müssen stufenlos erreichbar und vom Rollstuhl aus bedienbar sein. Displays müssen aus stehender und sitzender Position einsehbar sein.

Gute Beleuchtung in Parkgaragen

Um das Sicherheitsgefühl in Tiefgaragen zu erhöhen ist auf eine großzügige Beleuchtung und auf helle gut einsehbare Zugänge zu achten.

Kennzeichnung und Orientierung

Ein barrierefreier Stellplatz ist mit einem Straßenverkehrszeichen und einer Bodenmarkierung mit dem Bildzeichen Rollstuhlbenutzer zu kennzeichnen. Auf unübersichtlichen Parkplätzen sollte ein visuelles Leitsystem den Weg zum barrierefreien Stellplatz weisen. Gibt es eine Anzeige über die Anzahl der freien oder besetzten Stellplätze, sind die barrierefreien Stellplätze gesondert anzuzeigen.

PKW-Stellplätze für Personen mit Kinderwagen

Personen, die ihre Kleinkinder vom Auto in den Kinderwagen umsetzen, brauchen ebenso wie Menschen, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind, einen breiteren Parkplatz. Vor allem bei Gebäuden, die dem täglichen Bedarf dienen, sollten vermehrt breitere PKW-Stellplätze für Personen mit Kinderwagen zur Verfügung gestellt werden. Die Markierung ist mit dem Bildzeichen Kinderwagen auszuführen.

2.

Vorschüsse an Abgabenertragsanteilen der Gemeinden (inklusive EkSt-Vorauszahlung)

Ertragsanteile an	Jänner-Dezember		Differenz	Änderung
	2006	2007		
EINKOMMEN-U. VERMÖGENSTEUERN	2006	2007		
	in Euro	in Euro	in Euro	in %
Veranlagter Einkommensteuer	32.439.263	33.201.832	762.569	2,35
Lohnsteuer	158.040.828	170.562.382	12.521.554	7,92
Kapitalertragsteuer I	7.629.614	10.904.191	3.274.577	42,92
Kapitalertragsteuer II (auf Zinsen)	5.986.025	7.549.487	1.563.462	26,12
Körperschaftsteuer	42.125.280	50.921.831	8.796.551	20,88
Erbschafts- und Schenkungssteuer	1.239.999	1.424.632	184.634	14,89
Bodenwertabgabe	557.751	571.660	13.909	2,49
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	248.018.760	275.136.016	27.117.256	10,93
SONSTIGEN STEUERN				
Umsatzsteuer*	179.121.073	183.756.795	4.635.722	2,59
Abgabe von alkoholischen Getränken	2.088	2.052	-35	-1,69
Tabaksteuer	11.602.977	12.164.032	561.055	4,84
Biersteuer	1.796.164	1.794.427	-1.737	-0,10
Mineralölsteuer	32.417.265	33.097.085	679.820	2,10
Alkoholst., Branntweinaufschl. und Monopolausgl.	1.139.334	1.101.461	-37.873	-3,32
Weinsteuer	0	0	0	0,00
Schaumwein- und Zwischenerzeugnissteuer	10.481	13.439	2.958	28,23
Kapitalverkehrsteuern	1.342.453	1.122.863	-219.590	-16,36
Werbeabgabe	3.661.095	3.700.180	39.085	1,07
Energieabgabe	6.369.443	6.894.840	525.397	8,25
Normverbrauchsabgabe	4.479.494	4.271.053	-208.441	-4,65
Grunderwerbsteuer	65.368.355	63.023.420	-2.344.936	-3,59
Versicherungssteuer	8.882.985	9.239.697	356.711	4,02
Motorbezogene Versicherungssteuer	11.537.127	12.006.465	469.338	4,07
KFZ-Steuer	1.157.543	1.177.715	20.172	1,74
Konzessionsabgabe	1.717.351	1.914.980	197.629	11,51
Summe sonstige Steuern	330.605.228	335.280.503	4.675.275	1,41
Verbleiben Ertragsanteile an Einkommen- u.Vermögenst. und sonstigen Steuern	578.623.988	610.416.519	31.792.531	5,49
Kunstförderungsbeitrag	142.656	146.230	3.574	2,51
Summe ohne Zwischenabrechnung	578.766.644	610.562.748	31.796.105	5,49
Zwischenabrechnung**	193.658	3.626.113	3.432.455	1772,43
G E S A M T	578.960.302	614.188.861	35.228.560	6,08
<i>*davon Getränkesteuerausgleich</i>	<i>51.295.175</i>	<i>52.282.613</i>	<i>987.438</i>	<i>1,93</i>
<i>**davon Getränkesteuerausgleich</i>	<i>703.825</i>	<i>-211.613</i>	<i>-915.438</i>	<i>-130,07</i>
<i>Summe</i>	<i>51.999.000</i>	<i>52.071.000</i>	<i>72.000</i>	<i>0,14</i>

3. Bedarfszuweisungen 2007

Beträge in EURO

Bezirk	EWZ	Bezirks- / Stadt- Krankenhäuser	Volks- schulen	Haupt- schulen Polytech. Lehrgang Sonder- schulen	Abwasser- beseiti- gung *	Wasser- ver- sorgung	Wildbach- und Lawinen- ver- bauung	Kala- stroph- schäden	Straßen- Wege Brücken	Gemeinde- und Mehr- zweck- häuser	Alten- heime	Kinder- gärten und Jugend- heime	Feuerwehr		Fried- höfe und Leichen- hallen	Sonstige Zwecke	Gesamt	in %
													Geräte- häuser	Fahr- zeuge und Aus- rüstung				
Imst	24	52.656	139.800	965.500	277.000	1.068.256	412.000	100.000	436.757	751.900	925.000	435.000	65.608	50.000	153.500	649.816	6.580.137	8,70%
Innsbruck-Land	65	154.934	126.500	1.186.500	2.192.000	906.388	1.287.000	451.000	101.090	2.242.669	1.708.500	1.203.500	646.080	941.000	252.000	2.026.892	15.341.119	20,28%
Kitzbühel	20	59.185	767.300	539.500	1.278.000	70.356	25.000	120.000	50.780	1.095.322	260.000	750.000	152.256	15.000	112.000	266.414	5.501.928	7,27%
Kufstein	30	93.704	210.000	637.500	1.361.500	1.179.689	175.000	50.000	218.999	3.194.125	485.000	150.000	352.265	50.000	84.500	222.299	8.370.877	11,07%
Landeck	30	42.795	81.500	35.000	1.107.000	168.232	365.000	278.500	331.415	1.160.364	1.025.000	150.000	398.426	280.000	192.000	669.344	6.241.781	8,25%
Lienz	33	50.395	0	935.000	959.000	918.630	560.500	427.300	85.840	1.019.097	685.000	181.700	27.985	413.500	28.000	1.110.386	7.361.938	9,73%
Reutte	37	31.583	27.000	1.393.500	667.000	808.424	245.000	388.000	314.447	894.845	874.000	400.000	4.453	130.000	322.000	2.147.994	8.664.663	11,45%
Schwarz	39	74.834	371.400	174.500	979.000	1.125.753	531.000	471.000	387.510	2.376.303	700.000	1.165.000	259.907	0	229.750	779.451	9.550.574	12,63%
Innsbruck Stadt	1	113.457														8.029.887	8.029.887	10,62%
Summe Bezirke	279	673.543	1.723.500	5.867.000	8.820.500	6.245.728	3.600.500	2.285.800	1.926.838	12.734.625	6.662.500	4.435.200	1.906.980	1.879.500	1.373.750	15.902.483	75.642.904	100,00%
Sonstige			5.330.164	Schulbauförderung					726.312	Vorschüsse Katastrophenschäden							6.056.476	
Summe Tirol	279	673.543															81.699.380	

* inklusive Bedarfszuweisungen für den Gebührenhaushalt Kanal

4.

Buchhinweis:

Kontierungsleitfaden für Gemeinden und Gemeindeverbände 2008

5. ergänzte und erweiterte Auflage

Die 5. Auflage des „Kontierungsleitfadens für Gemeinden und Gemeindeverbände 2008“ ist soeben erschienen. Sie enthält gegenüber der seit geraumer Zeit vergriffenen 4. Auflage (aus 2004) die Änderungen aufgrund der neuesten Novelle zur Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung – VRV 1997 (BGBl. II Nr. 118/2007) vom Juni 2007. Die im April 2006 vom VR-Komitee ausgesprochenen Empfehlungen wurden in dieser ergänzten Auflage berücksichtigt.

Der Kontierungsleitfaden 2008 enthält somit:

- im 1. Teil ergänzte und aktualisierte Erläuterungen zu den Ansätzen,
- im 2. Teil ergänzte und aktualisierte Erläuterungen zu den Posten sowie die jeweils darauf abgestimmten Stichwortverzeichnisse,
- im 3. Teil inhaltlich erweiterte Erläuterungen der Voranschlags- und Rechnungsquerschnitte für die Gemeinden gemäß der Anlage 5b; darin werden u. a. erstmals Kennzahlen zur Analyse von Querschnitten, ein Berechnungs-

beispiel und die Berechnung des öffentlichen Finanzierungssaldos („Maastricht-Ergebnis“) geboten.

Der Kontierungsleitfaden 2008 bietet in bewährter Weise auch den Abdruck der „Verordnung des Bundesministeriums für Finanzen, mit der Form und Gliederung der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse der Länder, der Gemeinden und von Gemeindeverbänden geregelt werden“ i. d. F. vom 1. Juni 2007, soweit sie für die Gemeinden und Gemeindeverbände zutrifft.

Der Preis beträgt € 35,60 bzw. 31,90 (für Stammkunden und Buchhandlungen) zzgl. Versandkosten und 10% USt.

Bestellungen richten Sie bitte per Fax, E-Mail oder online über den Webshop des KDZ (Adresse siehe unten) an die KDZ Managementberatungs- und Weiterbildungs GmbH.

Fax: +43/(0)1/8923492-20

E-Mail: henickl@kdz.or.at

Online-Büchershop: <http://www.kdz.or.at/publikationen>

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR NOVEMBER 2007

(vorläufiges Ergebnis)

	Oktober 2007 (endgültig)	November 2007 (vorläufig)		Oktober 2007 (endgültig)	November 2007 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2005			Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	104,4	104,9	Basis: Durchschnitt 1966 = 100	433,5	435,5
Index der Verbraucherpreise 2000			Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	115,5	116,0	Basis: Durchschnitt 1958 = 100	552,3	554,9
Index der Verbraucherpreise 96			Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	121,5	122,1	Basis: Durchschnitt 1958 = 100	554,1	556,7
Index der Verbraucherpreise 86			Der Index der Verbraucherpreise 2005 (Basis: Durchschnitt 2005 = 100) für den Kalendermonat November 2007 beträgt 104,9 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Oktober 2007 um 0,5% gestiegen (Oktober 2007 gegenüber September 2007: +0,6%). Gegenüber November 2006 ergibt sich eine Steigerung um 3,1% (Oktober 2007/2006: +2,8%).		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	158,9	159,7			
Index der Verbraucherpreise 76					
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	247,0	248,2			

**Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck